

Jemen „Raketen auf Mekka“

Der langjährige Chef des saudi-arabischen Auslandsgeheimdienstes Prinz **Turki Bin Faisal**, 72, über den Krieg seines Landes im Jemen



HEINZ SPANRATH / VISUM

SPIEGEL: Der Konflikt im Jemen hat laut Uno 10 000 Todesopfer gefordert. Ein Sieg Ihrer Allianz zeichnet sich nicht ab. Können Sie denn überhaupt noch gewinnen?

Turki: Wir führen keinen Krieg gegen den Jemen. Das Königreich und seine Alliierten helfen der rechtmäßigen Regierung des Landes und deren Bodentruppen, die Kontrolle über die von den Huthi besetzten Gebiete zurückzugewinnen.

SPIEGEL: Ganz offensichtlich sind die Huthi jedoch poli-

tisch und militärisch sehr präsent.

Turki: Ich sehe das anders. Die Regierung kontrolliert 70 Prozent des Territoriums, und die aufständischen Huthi werden zurückgedrängt.

SPIEGEL: Fühlt sich Ihr Land wirklich von den Huthi bedroht?

Turki: Die mit Iran verbündeten Aufständischen haben immer wieder angekündigt, die heiligen Stätten in Mekka und Medina von saudischer Herrschaft befreien zu wollen. Das verstehen wir sehr wohl als Angriff auf unsere territoriale Integrität. Es wurden bereits Raketen auf Mekka abgeschossen. Würde der Jemen dauerhaft unter iranischen Einfluss fallen, stünde auch die Schifffahrtsstraße ins Rote Meer unter Teherans Kontrolle. Das wäre fatal für die Region.

SPIEGEL: Und wie wollen Sie diesen Konflikt ohne Gesichtsverlust beenden?

Turki: Er wird enden, wie die Uno-Resolution 2216 es vorsieht: Die Huthi müssen sich zurückziehen, die gestohlenen Waffen zurückgeben, die Gefangenen freilassen und zum nationalen Dialog zurückkehren. Und die Iraner müssen gemeinsam mit den Huthi eine Niederlage hinnehmen. suk



Essen, das vom Himmel fällt

Viele von ihnen sind barfuß über Steine und verdorrtes Grasland gelaufen, bis zu fünf Stunden seien sie in der sengenden Sonne unterwegs gewesen, heißt es in Berichten aus der Hungerregion um Padeah im Norden des Südsudan. Uno-Transportflugzeuge haben dort Getreidesäcke abgeworfen, die Frauen sichern den Anteil für ihre Familien – mit großer Disziplin und Ruhe.

Analyse

Was tun gegen Nichtsteuer?

Der Präsident von Weißrussland kämpft gegen Proteste im eigenen Land.

In der Kunst, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, hat es Alexander Lukaschenko weit gebracht. Einklemmt zwischen den mächtigen Nachbarn Russland und EU, hat es der Präsident von Weißrussland stets vermieden, sich von einer Seite vereinnahmen zu lassen. Das ist auch der Grund, warum er – anders als sein 2014 gestürzter ukrainischer Kollege Wiktor Janukowitsch – nach zwei Jahrzehnten immer noch an der Macht ist.

Nun aber droht Gefahr aus unerwarteter Richtung. Wie aus dem Nichts ist eine Protestbewegung im Land entstanden, überraschend für den Präsidenten ebenso wie für die spärliche Opposition. Auf spontanen Kundgebungen in der Provinz haben Tausende gegen jene neue Steuer protestiert, die Menschen ohne offizielle Arbeit zahlen sollen. Die Steuer ist der verzweifelte Versuch der Regierung, nach zwei Jahren Rezession ihre Einnahmen aufzubessern. Die Proteste sind die verzweifelte Antwort der Bürger. Denn es gibt keine Arbeit,

jedenfalls keine gut bezahlte. Die Steuer beträgt rund 200 Dollar im Jahr – dafür müssen die meisten einen ganzen Monat arbeiten. Zur Verzweiflung kommt Wut, weil die Regierung von „Nichtstuern“ redet. An diesem Samstag ist eine zentrale Protestkundgebung in Minsk geplant. Für Lukaschenko kann das gefährlich werden: Nicht weil die Proteste so gewaltig wären, sondern weil sie neuartig sind. Organisierte Oppositionelle kann man ins Gefängnis werfen, Lukaschenko hat das 2010 vorgemacht. Aber was hilft gegen unpolitische Arbeitslose?

Der Balanceakt des Präsidenten zwischen Moskau und Brüssel wird umso schwieriger, je unruhiger die Lage im Innern ist. Diese Unruhe aber wird nicht von außen hereingetragen, wie Lukaschenkos Staatsfernsehen glauben machen will. Sie ist Ausdruck eines langsamen, unerbittlichen Kontrollverlustes, der mit dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes einhergeht.

Christian Esch